
POLITISCHE ENTWICKLUNGEN JANUAR 2018

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE
BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE
BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT
BUNDESNETZAGENTUR
EUROPÄISCHE KOMMISSION

DAS WICHTIGSTE IM JANUAR...

Wiederaufnahme des 10.000-Häuser-Programms

Aigner: "Wir schreiben die Erfolgsgeschichte des 10.000-Häuser Programms fort"

Ab dem 1. Februar 2018 können Bauherren und Eigentümer im Rahmen des 10.000-Häuser-Programms wieder eine Förderung für Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, kombiniert mit innovativen Techniken, beantragen. Nachdem das Programm wegen großer Nachfrage im vergangenen Jahr frühzeitig ausgelaufen war, können in 2018 deutlich mehr Maßnahmen gefördert werden - insgesamt 3700 nach 1300 in 2017.

Bayerns Energieministerin Ilse Aigner: „Mit der Wiederaufnahme des Förderprogramms schreiben wir eine Erfolgsgeschichte fort. Das 10.000-Häuser-Programm ist das umfassendste Förderprogramm aller Bundesländer für Effizienzmaßnahmen und innovative Technologien im Gebäudesektor. Die energetische Gebäudesanierung ist eine Investition in die Zukunft. Sie erhält und erhöht den Immobilienwert, steigert die Wohnqualität, spart Energiekosten, schützt das Klima und hilft dem heimischen Handwerk. Mit dem 10.000-Häuser Programm unterstützen wir daher Hausbesitzer und Bauherren dabei, Energie zu sparen und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Ziel ist es, Gebäude mit einer Kombination aus Energieeffizienz und innovativen Techniken stärker in das Energiesystem der Zukunft zu integrieren.“

Die Förderkonditionen für den Programmteil EnergieSystemHaus bleiben weitgehend unverändert. Der Programmteil Heizungstausch-Plus hingegen ist mit Ende des Jahres 2017 ausgelaufen und wird 2018 nicht mehr fortgeführt. Der Ersatz alter Heizungen durch innovative Heiz-/Speicher-Systeme bleibt aber in Kombination mit Sanierungsmaßnahmen am Gebäude über den Programmteil EnergieSystemHaus förderfähig.

Das 10.000-Häuser-Programm läuft von September 2015 bis Ende 2018. Für die Fördermaßnahmen stehen insgesamt ca. 80 Millionen Euro zur Verfügung. Damit werden nachhaltige Investitionen von etwa 800 Millionen Euro ausgelöst. Alle aktuellen Informationen zum Programm sind auf der Internetseite www.EnergieBonus.bayern abrufbar.

[PRESSEMITTEILUNG »](#)

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN JANUAR 2018

BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND MEDIEN, ENERGIE UND TECHNOLOGIE

Erster Aufruf des Bayerischen Förderprogramms für Ladesäulen erfolgreich abgeschlossen

Aigner: "Das ist ein wichtiger Baustein für den Erfolg der Elektromobilität"

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat heute Förderbescheide zum Ausbau der Ladeinfrastruktur in Bayern vergeben. „Die erste Tranche des Förderprogramms ist sehr erfolgreich gelaufen. Wir haben insgesamt 220 Anträge mit einem Volumen von gut 2 Millionen Euro bewilligt. Damit lösen wir Gesamtinvestitionen in Höhe von rund 6 Millionen Euro aus“, so die Ministerin. Aigner weiter: „Wir wollen in Bayern bis 2020 7.000 öffentlich zugängliche Ladesäulen. 436 werden jetzt bayernweit mit unserer Unterstützung zusätzlich errichtet. Das ist ein wichtiger Baustein für den Erfolg der Elektromobilität.“. Anträge wurden von Kommunen ebenso gestellt, wie von Energieversorgern, mittelständischen Betrieben oder Bildungseinrichtungen. Die regionale Verteilung war insgesamt recht ausgewogen.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ENERGIE

Bericht der Übertragungsnetzbetreiber bestätigt:

Die Versorgungssicherheit in Deutschland bleibt auf sehr hohem Niveau

Die Versorgungssicherheit in Deutschland bleibt auf sehr hohem Niveau gewährleistet. Das ist das Ergebnis des Berichts zur Versorgungssicherheit in der Region Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Österreich und der Schweiz, den die Übertragungsnetzbetreiber des Pentalateralen Energieforums veröffentlicht haben. Dem Bericht zufolge liegt die Wahrscheinlichkeit, dass in Deutschland die Stromnachfrage im Betrachtungszeitraum 2018/19 und 2023/24 jederzeit gedeckt wird, weiterhin bei nahezu 100 %. Die Übertragungsnetzbetreiber haben dafür 680 verschiedene Szenarien gerechnet und dabei in einem Stresstest auch seltene Extremwetterjahre betrachtet.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

EU-Kommission genehmigt vollständige EEG-Entlastung von Bestandsanlagen bei der Eigenversorgung

Die Europäische Kommission hat die vollständige Befreiung von der EEG-Umlage für Bestandsanlagen bei der Eigenversorgung beihilferechtlich genehmigt. Die Genehmigung der bisherigen Regelung läuft zum Ende des Jahres aus, so dass ein neues Genehmigungsverfahren erforderlich war. Staatssekretär Baake: „Die heutige Genehmigung bestätigt unsere Politik, mit der wir die Energiewende vorantreiben und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie sichern. So schaffen wir Rechtssicherheit und einen belastbaren Rahmen für künftige Investitionen.“

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Staatssekretär Baake zu den Ergebnissen des gestrigen Energierats in Brüssel – 28 EU-Energieminister stellen Weichen auf europäische Energiewende

Die 28 EU-Energieminister haben beim Energieministerrat in Brüssel das Legislativpaket „Saubere Energie für alle Europäer“ beschlossen, darunter zwei Strommarkt-Dossiers, die Governance-Verordnung und die Novelle der Erneuerbare-Energien-Richtlinie.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

„Sofortprogramm Saubere Luft 2017–2020“: Förderrichtlinien für alternative Antriebe veröffentlicht

Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen ihres Sofortprogramms „Saubere Luft 2017–2020“ belastete Städte und Kommunen durch neue Förderrichtlinien für mehr schadstoffarme Fahrzeugflotten, die Umstellung auf alternative Antriebe und mehr Infrastruktur für die Elektromobilität. Dafür wurden im Bundesanzeiger die aktualisierte Förderrichtlinie Elektromobilität des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI), und die neue Richtlinie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) zur Förderung und Entwicklung der Elektromobilität veröffentlicht.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ, BAU UND REAKTORSICHERHEIT

Klima-Updates für Kommunen

Seit 1. Januar bis 31. März 2018 können Kommunen, kommunale Unternehmen, Sportvereine und andere lokale Akteure wieder Anträge für Klimaschutzprojekte stellen. Seit 2008 hat das Bundesumweltministerium durch die Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) mehr als 11.500 Projekte in rund 3000 Kommunen mit rund 524 Millionen Euro unterstützt. Es wurden so zusätzlich Investitionen in Höhe von 844 Millionen Euro ausgelöst.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Europa geht voran bei der Umsetzung des Pariser Abkommens

Die EU und ihre Mitgliedstaaten gehen bei der Umsetzung des Paris-Abkommens voran. Bis 2030 soll der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent sinken. Der erste Teil der Umsetzung war die Reform des Emissionshandels für Industrie und Energiewirtschaft. Der zweite Teil ist die Aufteilung des Ziels auf die einzelnen Mitgliedstaaten in den Sektoren Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft, die nicht vom Emissionshandel erfasst werden. Heute haben die EU-Mitgliedstaaten im Ausschuss der Ständigen Vertreter einem Kompromiss mit dem EU-Parlament hierzu zugestimmt.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Hendricks: Wichtiger Schritt beim Atomausstieg

Der Block B des Atomkraftwerks Gundremmingen in Bayern ging am 31. Dezember 2017 endgültig vom Netz. Dieses Enddatum wurde als Teil des im breiten Konsens beschlossenen schrittweisen Atomausstiegs nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima im Jahr 2011 im Atomgesetz festgelegt.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Pariser Klimagipfel "One Planet Summit"

Umwelt- und Klimaminister aus Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Schweden und den Niederlanden sind der Ansicht, dass die Bepreisung von CO₂-Emissionen ein wirksames Instrument zur Förderung einer umfänglichen Dekarbonisierung der Weltwirtschaft darstellt, sofern diese von kohärenten Strategien und Maßnahmenpaketen flankiert wird.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

BUNDESNETZAGENTUR

Bundesnetzagentur schlägt Änderungen für Ausschreibungen zur Regelenergie vor

Die Bundesnetzagentur hat die Konsultation der interessierten Marktteilnehmer zur Änderung der Ausschreibungen für die Regelenergie gestartet. Regelenergie bezeichnet die Energie, die ein Netzbetreiber benötigt, um Leistungsschwankungen in seinem Stromnetz auszugleichen.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Bundesnetzagentur startet zweite Ausschreibung für Offshore-Windenergieanlagen

Die Bundesnetzagentur hat heute die Bedingungen der zweiten Ausschreibung für die Netzanbindung und Vergütung von Offshore-Windparks bekannt gegeben. Den Zuschlag erhalten die Projekte mit den niedrigsten Gebotswerten, das heißt mit dem niedrigsten Förderbedarf. Das Ergebnis der ersten Ausschreibung im vergangenen Jahr lag mit einem mittleren Zuschlagwert von 0,44 ct/kWh und einem Gebotswert von 0,00 ct/kWh für drei der insgesamt vier bezuschlagten Gebote weit unterhalb der prognostizierten Werte.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Bundesnetzagentur verfolgt Thüringer Vorschlag zu SuedLink nicht weiter

Die Bundesnetzagentur kommt nach sorgfältiger Prüfung zu dem Ergebnis, dass der Alternativvorschlag des Freistaates Thüringen bei den weitergehenden Planungen für das Gleichstromvorhaben SuedLink nicht berücksichtigt wird.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Bundesnetzagentur beteiligt Öffentlichkeit am Szenariorahmen Strom 2019-2030

Die Bundesnetzagentur konsultiert den Entwurf des Szenariorahmens. Die Übertragungsnetzbetreiber haben darin mögliche Szenarien für die Netzentwicklungsplanung im Strombereich bis zum Jahr 2030 abgebildet.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Realisierungsrate der dritten Ausschreibungsrunde für Photovoltaik- Freiflächenanlagen

Die Bundesnetzagentur hat bekannt gegeben, dass gut 90 Prozent der in der dritten Ausschreibungsrunde für Photovoltaik-Freiflächenanlagen bezuschlagten Projekte errichtet wurden und für diese Projekte rechtzeitig Anträge auf Förderberechtigung gestellt wurden.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Luftqualität:

Deutschland und andere Mitgliedstaaten müssen bis Ende nächster Woche liefern – sonst droht Klage

Die Minister aus neun Mitgliedstaaten sind heute (Dienstag) auf Einladung von Umweltkommissar Karmenu Vella in Brüssel zusammengekommen, um Lösungen für das gravierende Problem der Luftverschmutzung in der Europäischen Union zu finden. Neben Deutschland sind auch die Tschechische Republik, Spanien, Frankreich, Italien, Ungarn, Rumänien, die Slowakei und das Vereinigte Königreich mit Vertragsverletzungsverfahren wegen Überschreitung der vereinbarten Grenzwerte für die Luftverschmutzung konfrontiert. Auf dem Treffen forderte Kommissar Vella die Mitgliedstaaten auf, bis nächste Woche ihre Stellungnahmen darüber fertig zu stellen, wie sie beabsichtigen, die EU-Rechtsvorschriften über die Luftqualität umgehend einzuhalten. Andernfalls müssen sie mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof rechnen.

[WEITERE INFORMATIONEN »](#)

Der Arbeitskreis Energiewende der CSU (AKE) übernimmt keine Garantie und keine Verantwortung für die Handlungen Dritter, die auf diesen Informationen, Analysen und Meinungen basieren. Alle zusammengetragenen Beiträge sind öffentlich zugänglich und spiegeln die Meinungen und Positionen der jeweiligen Institutionen wider. Die Quellen der Artikel sind jeweils im weiterführenden Link dokumentiert. Die Verantwortung der Richtigkeit der Informationen liegt bei den angegebenen Institutionen. Für Rückfragen oder Kommentare wenden Sie sich bitte an den AKE-Landesverband, vertreten durch den Vorstandsvorsitzenden Martin Ehrenhuber.